

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13,50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., auswärts 65 Pfg., Reklamezeilen 1.80 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdrucker, Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 219

Februar 179

Wildbad, Montag, den 19. September 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Sagespiegel.

Es wird gemeldet, daß die Bayerische Volkspartei mit Herrn von Kahr in Verhandlungen getreten sei, damit er das Ministerpräsidium wieder übernehme.

Nach einem eindrucksvollen Kundgebungszug, an dem sich Vertreter aller italienischen Gemeinden beteiligten, wurde in der Kirche Santa Croce in Florenz ein Kranz am Zerkmal Dantes niedergelegt.

Nach den amtlichen Listen betrug die Zahl der Arbeitslosen am 9. September im gesamten Königreich Großbritannien 1.502.000, was eine Verminderung um 25.400 gegen die vorhergehende Woche bedeutet. In dieser Zahl sind die mit verkürzter Zeit Arbeitenden nicht inbegriffen.

Vom Reichsnotopfer.

Ueber den Ausgleich von Härten beim Reichsnotopfer im Falle der Anwendung des § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer.

wird in der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 19. August 1921 auf Grund des § 108 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung mit Zustimmung des Reichsrats folgendes bestimmt:

§ 1. Die Ermäßigungen des steuerbaren Vermögens nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer werden, sofern die Voraussetzungen dieser Vorschrift im übrigen vorliegen, nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Abgabepflichtige am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Pension oder auf fortlaufende Bezüge aus Hinterbliebenenfürsorge hatte, sofern der Jahresbeitrag der Bezüge tausend Mark nicht überstieg und das steuerbare Vermögen zu mindestens vier Fünfteln aus Kapitalvermögen bestand. Wurden am 31. Dezember 1919 nur einmalige oder vorübergehende Bezüge aus Hinterbliebenenfürsorge (Sterbequartal, Gnadenquartal und dergleichen) gewährt, so tritt an ihre Stelle der Jahresbeitrag der ersten fortlaufenden Bezüge.

§ 2. Ist bei der Veranlagung eines Abgabepflichtigen, bei dem im übrigen die Voraussetzungen des § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder des § 1 dieser Verordnung gegeben sind, der Abzug des § 15 Nr. 8 deshalb ausgeschlossen, weil das steuerbare Vermögen mehr als einhundertfünfzigtausend Mk. beträgt, so ist der Mehrbetrag als Abgabe, der sich durch die Ueberschreitung der Grenze von einhundertfünfzigtausend Mk. ergibt, nur insoweit zu entrichten, als er aus der Hälfte des einhundertfünfzigtausend Mk. übersteigenden Teiles des steuerbaren Vermögens bestritten werden kann.

§ 3. Die Ermäßigungen nach §§ 1, 2 treten nur auf Antrag ein. Der Antrag ist spätestens binnen drei Monaten nach endgültiger Feststellung des Reichsnotopfers zu stellen.

Zur Erläuterung sei zunächst § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer in der Fassung dieses Gesetzes vom 31. Dezember 1919 (R. Ges. Bl. S. 2189) mitgeteilt. Er lautet:

„Von dem Vermögen sind abzuziehen:
8. bei den Abgabepflichtigen mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 150.000 Mk., die keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben:

- a) im Alter von 45—60 Jahren ein Viertel,
- b) im Alter über 60 Jahre ein Drittel

des steuerbaren Vermögens bis zu 50.000 Mk. Für das überschreitende Vermögen bis zu weiteren 50.000 Mk. ist zu a) ein Fünftel, zu b) ein Viertel abzuziehen.

Diese Vergünstigung tritt nicht ein, falls gemäß § 27 Abs. 1 die ganze Abgabe zinslos gestundet wird.“

Eine nähere Erläuterung zu § 1 der oben angeführten Verordnung dürfte sich erübrigen. Dagegen sei die Wirkung des § 2 an einigen Beispielen erläutert.

Ein Ausgleich von Härten tritt hier in denjenigen Fällen ein, in denen das steuerbare Vermögen, der im Alter von 45 bis 60 Jahren und der im Alter von über 60 Jahren stehenden Steuerpflichtigen, sich über 150.000 Mk. bewegt, also ein Abzug nach § 15 Nr. 8 nicht mehr zulässig ist. Hier ist jetzt der Mehrbetrag der Abgabe, der dadurch entsteht, daß das abgabepflichtige

Vermögen 150.000 Mk. überschreitet, nur insoweit zu entrichten, als er aus der Hälfte des 150.000 Mk. übersteigenden Teiles des steuerbaren Vermögens bestritten werden kann.

Betrachtet sei zunächst der Fall des § 15 Nr. 8 a; d. h. die Sachlage bei Steuerpflichtigen im Alter von 45—60 Jahren.

Es sei angenommen:

1. ein steuerbares Vermögen von 150.000 Mk. abzugsfähig wären 22.500 Mk. der steuerbare Rest beträgt dann 127.500 Mk. die Steuer ergibt 15.125 Mark.
2. ein steuerbares Vermögen von 151.000 Mk. abzugsfähig ist nichts, die Steuer würde betragen 18.650 Mk. der Mehrbetrag der Steuer gegen 1 = 3.525 Mk. Zu zahlen ist jedoch nur noch ein Betrag, gleich dem halben Mehrvermögen 500 Mk. mit nur 500 Mark anstatt 3525, d. h. 3025 Mark weniger als berechnet.
3. ein steuerbares Vermögen von 159.000 Mk. abzugsfähig nichts, mithin Steuerhöhe 19.850 Mk. Mehrbetrag der Steuer gegen 1 = 4.725 Mk. Zu zahlen nur ein Betrag, gleich dem halben Mehrvermögen, von 4.500 Mk. mithin anstatt 4.725 Mk. nur 4.500 Mark = 225 Mk. weniger als berechnet.
4. Bei einem steuerbaren Vermögen von 160.000 Mk. ist die Steuerdifferenz in Höhe von 4875 Mk. voll zu zahlen, da das halbe Mehrvermögen 5000 Mk. beträgt, mithin die Steuerhöhe deckt.

Ein Ausgleich tritt demnach bei Steuerpflichtigen im Alter von 45—60 Jahren dann ein, wenn deren steuerbares Vermögen von 150.100 Mk. bis zu rund 159.700 Mk. beträgt. Dabei wird ein Steuerermehrtrag bis zu 3340 Mk. ausgeglichen.

Im Falle des § 15 Nr. 8 b, also bei Steuerpflichtigen im Alter von über 60 Jahren tritt nach entsprechenden Berechnungen ein Ausgleich ebenfalls bei Vermögen von 150.100 Mk. an ein und ist wirksam bis zu einem steuerbaren Vermögen von etwa 162.500 Mk. Ein Steuerermehrtrag bis zu 4345 Mk. wird dabei ausgeglichen.

Erst bei Vermögen von über rund 159.700 Mk., im Falle des § 15 Nr. 8 a, bzw. von über rund 162.500 Mk. im Falle des § 15 Nr. 8 b, des Reichsnotopfergesetzes, muß die volle, darauf entfallende Steuerhöhe gezahlt werden.

Da nach § 3 der Verordnung vom 19. August 1921 die Ermäßigung nur auf Antrag eintritt, ist diese spätestens binnen drei Monaten nach endgültiger Festsetzung des Reichsnotopfers der Steuerbehörde zu stellen. Dr. Sch.

Der dritte Mahner.

Die englischen Volkswirtschaftler Keynes und Hobson haben bekanntlich in letzter Zeit erneut warnend ihre Stimme erhoben, von dem Widerstimm des Friedensvertrags und des Ultimatums abzulassen und Deutschland nicht planmäßig in den völligen Zusammenbruch, der spätestens im nächsten Sommer eintreten müßte, hineinzutreiben. Die ganze Weltwirtschaft müßte einen Stoß sondergleichen erleiden. In gleichem Sinn hat sich nun einem Mitarbeiter der „Leipz. N. Nachr.“ gegenüber Georg Paish ausgesprochen, der viele Jahre die bekannte Fachzeitung „Der Statist“ herausgab und Leiter der Volkswirtschafts-Akademie in London ist.

Die Frage, ob er die Ansicht Keynes' und Hobsons über die Unerfüllbarkeit des Ultimatums und über den nahen Zusammenbruch Deutschlands teile, bejahte Paish auf das entschiedenste mit dem einzigen Vorbehalt, daß er die Lage noch schwärzer sehe als jene und die deutsche Zahlungseinstellung noch früher erwarde. Auf die Frage, ob nicht das Wiesbadener Abkommen diese Auffassung mildern müsse, antwortete er verneinend. Wirtschaftlich leide es an demselben Fehler, wie alle bisherigen Abmachungen, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit weit überschätze. Paish sagte, er bewundere unendlich, was Deutschland seit dem Waffenstillstand unter schwierigsten Verhältnissen wirtschaftlich geleistet habe. Er glaube,

daß die Ereignisse schon im Lauf der nächsten Monate den völligen Widerstimm der bisherigen Entschädigungspolitik so überzeugend bewiesen haben werden, daß sich selbst die Staatsmänner des Verbands dieser Einsicht nicht länger verschließen können, und daß dann ein Versuch gemacht werden wird, die Entschädigung auf dem einzigen möglichen Weg zu lösen.

Die Grundvoraussetzung ist nach ihm, daß die Forderungen nicht über das hinausgehen, was Deutschland zahlen kann, ohne seine Produktivkraft zu schwächen, und daß Deutschland ihre Erfüllung auf sich nimmt, weil es erkennt, daß es in seinem eigenen Interesse gelegen ist, alles zu tun, um die Kaufkraft seiner besten Kunden wiederherzustellen. „Deutschland kann keine Kriegsenttäuschung leisten, so lange Europa sich wirtschaftlich nicht wieder erholt hat; denn es kann die Riesennengen der erforderlichen Waren nicht verkaufen, so lange seine Kunden nicht imstande sind, sie zu bezahlen. Alles, was Deutschland heute tun kann, ist, Entschädigung zu versprechen. Wie die Dinge heute liegen, kann Deutschland tatsächlich nicht einmal Waren genug verkaufen, um die Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erwerben, die es selbst so dringend braucht. Könnte man dagegen die europäischen Nationen mit dem Kredit versehen, den sie für ihre wirtschaftliche Wiederherstellung brauchen, so würde sich die ganze Sachlage auf einen Schlag ändern. Die Länder, die heute nicht kaufen können, würden dann so viel oder mehr als normal kaufen können und die Nationen, die ihnen die Güter, die sie brauchen, liefern könnten, wären dann imstande, alles zu verkaufen, was sie produzieren könnten.“

Das Höchste, das Deutschland so zahlen könnte, schätzt Paish auf jährlich 100 Millionen Sterling für 42 Jahre. Wenn Deutschland einwilligte, die Zahlung einer solchen Summe für die Verzinsung und Tilgung einer Anleihe zu übernehmen, die in Vorausnahme ihres Empfangs aufgenommen werden könnte, so würde das die Verbündeten in Stand setzen, einen sofortigen Kredit von anderthalb Milliarden Sterling zu schaffen, der zu beinahe 6 Prozent verzinst und mit einem 1prozentigen Tilgungsfond in 42 Jahren abgetragen werden könnte. Eine solche Summe wäre von unschätzbarem Wert in einem Augenblick, wo der Kredit Europas, abgesehen von Deutschlands Fähigkeit, Entschädigung zu leisten, erschöpft ist. Die Verbündeten müßten in diesem Fall nach Paish ihren Glauben an die aufrichtige Bereitwilligkeit Deutschlands durch Räumung des ganzen besetzten deutschen Gebietes erweisen und außerdem ihrerseits die Zahlung der hundert Millionen garantieren.

Paish verhehlt sich natürlich nicht, daß Europa und vor allem Deutschland noch eine schwere Krise durchmachen müssen; er ist aber der festen Zuversicht, daß die Lösung kommen wird, da Europa anders völligem Ruin entgegengehe, und er verzweifelt auch noch nicht daran, daß Frankreich schließlich doch noch zur Einsicht und damit zu einer Aenderung seiner bisherigen Politik kommen wird.

Interessant ist vor allem die Tatsache, daß in England die Ueberzeugung, daß der Friedensvertrag und das Ultimatum nicht aufrechtzuerhalten sind, in immer weitere Kreise dringt.

Verschärfte Spannung zwischen Berlin und München.

München, 18. Sept. Die Rede des Reichskanzlers Wirth im Ueberwachungsausschuß des Reichstags, in der er auf Grund eines Briefes des Sicherheitskommissars Weizmann behauptete, München und seine Umgebung seien ein Herd für politische Mordpläne und die „Brigade Ehrhardt“ treibe dort ihr hochverräterisches Unwesen, hat die ganze bürgerliche Presse zu einer äußerst scharfen Abwehr auf den Plan gerufen. Die Fraktionen der Regierungskoalition werden nun erneut zu der ganzen Frage Stellung nehmen und die Meinung, Herrn von Kahr wieder zurückzurufen, hat wieder starken Boden gewonnen. Die Mittelpartei hat eine Vorstandssitzung auf Montag nach Nürnberg einberufen, die Bayer. Volkspartei hält am Dienstag eine Sitzung in München ab. Der Vorstand der Demokratischen Partei tritt am Montag in München zusammen.



Die Presse nimmt scharf gegen den Reichskanzler Stellung. Der demokratische „Frank. Kurier“ (Nürnberg) verlangt sofortige gründliche Aufklärung der Behauptungen des Reichskanzlers. Werde der Beweis dafür erbracht, so müsse die bayerische Regierung streng gegen alle Schuldigen vorgehen; werde er aber nicht erbracht, dann sei Dr. Wirth als Staatsmann wie als Politiker ein für allemal erledigt. Es fehle ihm jede Voraussetzung dazu; unter allen Umständen aber sei die Art seines Vorgehens verwerflich. — Der „Bayer. Kurier“ sagt, die dienstlichen Feststellungen Weismanns, die allerdings sehr phantastisch klingen, würden nicht ohne Rückwirkung auf die innere Politik Bayerns bleiben, wenn sie zutreffend wären. — Die „Münch. N. Nachr.“ schreiben, daß solche Phantasien von der Reichsregierung ernst genommen werden könnten, beleuchtet bittigartig die geistige Verfassung in Deutschland, die zu den größten Gefahren für die Nation und das Reich führen könne; sie erkläre auch die unüberlegte Ueberstürzung bei dem Erlaß der Ausnahmeverordnungen vom 29. August. Ein Vertrauensverhältnis zwischen Nord und Süd sei unmöglich, wenn führende Staatsmänner einen derartigen Wahn, wie den Bericht des Herrn Weismann, ernst nehmen können.

Umtlich wird erklärt, daß Justizminister Roth weder den Kapitän Erhardt, noch den Oberst Bauer, noch den Major Fabst kenne und daß die diesbezüglichen Mitteilungen frei erfunden seien. Der Reichskanzler hätte sich durch eine vorherige Anfrage in München hierüber leicht Aufklärung verschaffen können.

Berlin, 18. Sept. Die Blätter geben vielfach der Meinung Ausdruck, daß der Vorstoß des Reichskanzlers gegen die bayerische Regierung unüberlegt und unklug gewesen sei, er werde gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er beabsichtigte. Einmütig wird eine strenge Untersuchung der Angaben des Kommissars Weismann gefordert. Der „Berl. Lokalanz.“ will wissen, Weismann sei abermals gewesen, daß der Reichskanzler von seinem vertraulichen Schreiben öffentlich Gebrauch gemacht habe.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet, in parlamentarischen Kreisen teile man nicht die Ansicht des bayerischen Staatssekretärs Dr. Schweyer, daß der preussische Sicherheitskommissar Weismann mit der Verfolgung der Stappisten auf bayerischem Gebiet sich eines Eingriffs in die bayerischen Landesrechte schuldig gemacht habe. Die Gesuchten seien preussische Staatsangehörige, gegen die Haftbefehl vorlag. Dr. Wirth habe den Bericht Weismanns verlesen, ohne selbst Stellung dazu zu nehmen. Der Bericht sei übrigens darauf der bayerischen Regierung übermittelt worden.

Neues vom Tage.

Der Deutsche Juristentag zu den Leipziger Prozessen.

Bamberg, 18. Sept. In der Schlußsitzung des Deutschen Juristentags wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die versammelten Juristen aus allen Teilen des Deutschen Reichs und Deutsch-Oesterreichs, Rechtslehrer, Richter, Verwaltungsbeamte, Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Notare geben ihrem Schmerz und ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß der Oberste deutsche Gerichtshof, das deutsche Reichsgericht, in bitterster Pflichterfüllung sein ganzes Ansehen und hohes juristisches Können einzusetzen hat, um Angehörige des deutschen Heeres abzuurteilen, während die schwersten Verletzungen des Rechts und der Menschlichkeit, hundertfältig von den Heeresangehörigen der Feindesländer begangen, weder Sühne noch auch nur Unter suchung erfahren. Der Deutsche Juristentag legt Verwahrung ein gegen dieses Verfahren einseitiger Nachpolitik gegen einen Staat der europäischen Kulturgemeinschaft, durch das die Gerechtigkeit auf Erden preisgegeben und ein schweres, nie wieder autumachendes Verbrechen an

dem Rechtsgefühl der ganzen Welt begangen wird.“

Preussisches Grundsteuergesetz.

Berlin, 18. Sept. Der dem preussischen Staatsrat vorgelegte Entwurf eines preussischen Grundsteuergesetzes sieht einen Ertrag von 948 Millionen Mark vor. Wie die Blätter mitteilen, deckt das voraussichtliche Steuereinkommen den Fehlbetrag des preussischen Staatshaushalts für 1921, der sich auf 2360 Millionen Mark beläuft, noch nicht zur Hälfte.

Amerikanische Kriegsschiffe in Danzig.

Berlin, 18. Sept. In der kommenden Woche werden, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, zwei amerikanische Kriegsschiffe, ein Torpedoboot und der Ueberdreadnought „Utah“, die sich gegenwärtig in Kopenhagen befinden, mit einer Besatzung von insgesamt 1850 Mann nach Danzig kommen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 18. Sept. Im Gebiet der Eifel haben amerikanische Truppenmanöver begonnen, die bis Ende Oktober dauern sollen.

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen?

Berlin, 18. Sept. L. U. erfährt, es solle in Wälde ein Abkommen geschlossen werden, durch das die wirtschaftlichen Sanktionen, die nach dem Beschluß des Obersten Rats nach Bezahlung der ersten Goldmiliarde spätestens am 15. September außer Kraft treten sollten, aufgehoben werden. Nach einer Neuermeldung soll die englische Regierung entschieden für Einhaltung des gegebenen Versprechens sein.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 18. Sept. Die Rheinlandkommission hat für 3 Monate den Kladderadatsch, den Simplizissimus und die Zeitschrift „Internationale Jugend“ im besetzten Gebiet verboten und sich ferner vorbehalten, alle Zeitschriften endgültig aus dem besetzten Gebiet auszuschließen, die bereits zweimal verboten waren und diese Warnung nicht beachtet haben.

In der Zeit vom 15. Juli bis 15. September wurden 145 Ausweisungen aus dem besetzten Rheinland verfügt, hauptsächlich gegen Deutsche.

Der bestohlene General Hennecker.

Danzig, 18. Sept. Der „Austrowany Kurjer Codzienny“ läßt sich aus Weuthen melden, daß unter den Mitgliedern der englischen Kommission in Oppeln wegen Entwendung verschiedener englischer Akten große Beunruhigung herrscht. Unter anderem seien dem General Hennecker wichtige Dokumente gestohlen worden, die sich auf den polnischen Aufstand beziehen.

London, 18. Sept. Devalera erklärt in seinem Schreiben an Lloyd George namens des irischen Parlaments, daß die Iren zwar bereit seien, an der Konferenz in Inverness teilzunehmen, aber nur als völlig unabhängiger Staat. Lloyd George antwortete darauf, dieser wiederholt kundgegebene irische Standpunkt mache die Konferenz unmöglich, da England damit die Abtrennung Irlands vom britischen Reich anerkennen würde, was einschließen würde, daß Irland auch das Recht hätte, von sich aus mit irgend einer auswärtigen Macht eine engere Verbindung einzugehen. Bisher seien Zugeständnisse nur von englischer Seite gemacht worden.

In einem darauf von Devalera an Lloyd George gerichteten Telegramm legt er dar, daß, wenn der Standpunkt der englischen Regierung dem irischen nicht vollständig entgegengesetzt wäre, es gar keine Frage geben würde, die erörtert werden müßte. Es sollte klar sein, daß in einem Fall, wie dem vorliegenden, Unterhändler, wenn irgend ein Erfolg erzielt werden soll, zusammenkommen müssen nicht gebunden durch irgend welche Bedingungen, ausgenommen solche, die ihnen durch die bekannten Tatsachen auferlegt werden.

Telegrammen aus Dublin zufolge wird die Lage

infolge der letzten Botschaft Devaleras als gebessert betrachtet.

Genf, 18. Sept. Zwischen einem Umzug der allgemeinen Gewerkschaften und Straßenbahner, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es zu Zusammenstößen. Die roten Fahnen wurden zerrissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen.

Sille, 18. Sept. Im Streikgebiet Nordfrankreichs sind beträchtliche Truppenverstärkungen vorgenommen worden.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die vor 8 Tagen ausgesprochene Meinung, daß das Valutaclend kaum mehr zu übertreffen sei, erweist sich noch als zu optimistisch. Zu der wahnwitzigen Spekulation ist als neuester Grund für die Verschlechterung unserer Marktwährung im Ausland die schwere innerpolitische Krise zwischen dem Reich und Bayern gekommen. Rat- und hilflos steht die Reichsleitung vor den verhängnisvollen Wirkungen dieser Erscheinungen auf den deutschen Kredit, der ohnehin durch die Goldzahlungen an die Entente längst überpannt ist. Am 16. September notierten 100 deutsche Mark in Zürich 5,35, am 14. sogar nur 5,25 Franken gegen 6,07½ am 9. September; in Amsterdam 2,90 (3,29) Gulden, in Kopenhagen 5,30 (6,10), in Stockholm 4,30 (4,85) Kronen; in Wien 1457 (1317) Kronen; in London 4,01½ (3,58 ½) Schilling; in Newyork 0,92 (1,02½) Dollar und in Paris 13 (14½) Franken. Wenn der Dollar 108½ Mt. kostet, also doppelt soviel als vor drei Monaten, so kann man daraus ersehen, wie nahe wir dem völligen finanziellen Zusammenbruch gerückt sind.

Börse. Die Vorstände der deutschen Börsen sind gegenwärtig genötigt, fortgesetzt neue Bestimmungen für die Bewältigung des Börsengeschäfts zu treffen und ganze Börsentage ausfallen zu lassen, damit die Mäcker und die Banken die Anträge ordnungsmäßig erledigen können. Fast sämtliche Spekulationspapiere stehen heute 3-mal so hoch im Kurs wie vor 1 Jahr.

Produktenmarkt. Anfangs dieser Woche gab es eine neue Haufe im Produktengeschäft, gegen den Schluß aber ermattete die Tendenz. Immerhin blieben noch erhebliche Preiserhöhungen bestehen. Am 16. September notierten in Berlin Weizen 448—452 (+40), Roggen 360 (+30), Gerste 460—490 (+20), Hafer 356—362 (+10) Mt. für 100 kg. Die Tendenz für Heu und Stroh ist ebenfalls sehr fest, doch fehlen amtliche Berliner Notierungen.

Warenmarkt. Eine allgemeine Preiserhöhung setzt ein. Die Häute- und Lederpreise haben erneut angesogen, woran besonders die Verschlechterung der Valuta schuld ist. Die Stuttgarter Lederbörse am 14. September mußte mangels jeder zuverlässigen Kalkulation auf die Herausgabe von Richtpreisen verzichten. Die Textilwaren verteuern sich rasch. Kohle wird immer knapper, Eisen in einzelnen Sorten geradezu rar, weil die Ausfuhr fast alles absorbiert. Die sächsischen Brauereien haben zur Deckung ihres letzten Preisanschlags auf die hohen Gerstenpreise sowie auf die Tatsache hingewiesen, daß sie immer noch erheblich billiger einkaufen als die norddeutschen Brauereien.

Nachmarkt. Die neuesten Märkte haben abermal höhere Preise gezeigt. Jungochsen kosten 13—20 000, Zugtiere 8000—16 000, trachtige Kühe 4000 bis 12 000, trachtige Kälbinnen 4000—8000, Junggrübe 2000—3000, Milchschweine kosten 300—600, Färschweine 800—2400 Mt. Pferde werden wenig gehandelt, ziehen aber gleichfalls im Preis an.

Holzmarkt. Man berichtet über ein weiterhin belebtes Geschäft und Preisbefestigung, aber die Lage ist immer noch nicht völlig geklärt.

Das Probejahr der Dolores Renoldi.

Noman von Fr. Lehne.

Dolores hatte sehr ernst und nachdrücklich gesprochen. In grenzenlosem Verzweiflungsgefühl weinte Frau Westermann still vor sich hin.

„Fräulein Dolly, wie sollen wir Ihnen das je danken! Sie waren gut zu dem armen, elternlosen Mädchen, liebe Frau Westermann, ich trage nur eine Schuld ab!“ sagte Dolores weid.

Und als sie dann ein wenig später in ihrem Bett lag, schälte sie froh vor sich hin. Wie schön war es doch, Gutes tun zu können — helfen können! Welch köstliches, bejagendes Gefühl!

Wie segnete sie jetzt ihren Reliktum, den sie vor nicht allzu ferner Zeit beinahe verwünscht — jeder, jeder sollte belohnt werden, der gut zu ihr gewesen in ihrem früheren glanzvollen Leben — sie wußte jetzt, wieviel ihre Persönlichkeit wert war. Soviel, daß ein Mann ihr wegen seiner ganzen Lebensstellung zu opfern bereit war! O, wie wollte sie ihn glücklich machen! Und mit dem Gedanken an ihn schlief sie ein, obwohl die ersten feurigen Strahlen der Morgensonne in ihr Zimmerchen strahlten.

21. Kapitel.

Nach nur kurzem Schlummer erhob sich Dolores schon wieder. Sie trat an das weit offene Fenster.

Wie köstlich der Morgen war! Sie hatte ihr Zimmerchen, das förmlich gebadet im Morgensonnenschein war, ordentlich lieb gewonnen, trotz seiner Dürftigkeit. Aber die Aussicht über den Garten und weit über den Fluß weg entschädigte sie für die geringe Bequemlichkeit.

Es war erst sechs Uhr. Vater Westermann arbeitete schon im Garten, sie beobachtete ihn. Er schmeckte sein kurzes Pfeifchen und sah recht zufrieden aus. Und diese Zufriedenheit mußte sie ihm lächeln; denn es war doch besser, sie sagte ihm zuerst von Feodors Verletzung, damit er in seinem Zorn nicht außer sich geriet. Schwer war der Weg; doch sie mußte ihn gehen.

Und es war geschehen. Beruhigend, mahnend legte sie die Hand auf den Arm des Gärtners, den sie neben sich

auf die Bank gezogen! Der Mann zitterte am ganzen Leibe, laichweiß war sein Gesicht.

„Der Bengel, er soll mir nur unter die Augen kommen — er soll sehen!“ rief er hervor.

Vater Westermann, nicht so, folgen Sie mir; hören Sie Feodors Bitte ruhig an — hören Sie, ganz ruhig! Er darf nicht ahnen, daß Sie schon alles wissen. Behandeln Sie ihn als Mann und nicht als einen zu züchtenden Schulbuben — es ist besser, glauben Sie mir! Das weckt sein Ehrgefühl und wirkt nachhaltiger als zornige Vorwürfe, die ihn schon jetzt genug gemacht. Sie würden nur verderben, anstatt zu bessern! Lassen Sie sich kein Ehrenwort und seinen Handschlag geben, es nicht wieder zu tun! Er ist noch so jung! Jeder fehlt wohl mal im Leben! Und — nehmen Sie mir ein offenes Wort nicht übel, Vater Westermann — Sie sind so leicht aufgebracht und heftig, das ruft eine gewisse Furcht vor dem Vater hervor, und daraus ergeben sich dann allerlei Heimlichkeiten für schwache Charaktere! Also, ich verlasse mich darauf, Herr Westermann, machen Sie dem Feodor die Sache nicht zu schwer, er ist durch die Angst schon gestraft genug! Und wenn er die Vaterstrenge mit Vatergüte gepaart findet, das wird mehr Eindruck auf ihn machen, als nur Vaterzorn! Feodor ist nur durch schlechte Gesellschaft verführt, er ist im Grunde ein ganz guter Junge, und sein größter Fehler ist seine Eitelkeit! Mit ihrer weichen Stimme sprach sie so überzeugend auf ihn ein, daß er ihr nachgeben mußte.

Es wird ihm für später ein warnendes Zeichen, und glücklicherweise kann die Sache geregelt werden! Noch heute vormittag schaffe ich das Geld — still, still, kein Wort weiter — was liegt denn an dem Ring!

Und schnell war sie davon.

Ausatmend sah sie kurz vor acht Uhr Feodor das Haus verlassen, um ins Geschäft zu gehen, wie jeden Morgen, und gleich darauf kam Frau Westermann in den Laden, ihr still zusehend, wie sie Staub wischte, das Schaufenster ordnete, den Topfgewächsen frisches Wasser gab, sie abbrauste und weisse Wäsche entfernte.

Plötzlich fühlte sich Dolores von zwei Armen umfaßt, fühlte einen zitternden Frauenmund auf ihrer Wange.

„Fräulein Dolly, ach Fräulein Dolly, wie soll ich Ihnen je danken!“

„Nicht doch, Frau Westermann, das ist doch nun erledigt!“

„Fräulein Dolly, mein Mann hat weiter nichts zu Feodor gesagt, und ich glaube, er würde ihn halbtot schlagen! Feodor ist rein gegangen in die Küche, wo Westermann gerade Kaffee trank und hat's gesagt — ich habe wirklich seinen Mut bewundert! Wie Sie es verlangt haben, hat er ehrlich geantwortet! Ich hab' hinter der Tür gestanden in einer Angst, Sie können mir glauben! Aber mein Mann ist nicht heftig geworden, bloß sehr ernst hat er mit Feodor gesprochen, und der hat dann gemeint und es seinem Vater gelobt, daß er sich ändern wolle, und der Vater hat gesagt, er wolle dann sehen, wie er Rat schaffe — von Ihrem Ring weiß er noch nichts! Da ist Feodor seinem Vater um den Hals gefallen — ich kann mich nicht mehr besinnen, wenn er das einmal getan! Und nun will ich zu meinem Mann gehen und ihm sagen, daß Sie uns helfen wollen! — Es ist ja nicht geschenkt, Fräulein Dolly — wir wollen Sie doch nicht Ihres Notpennings berauben! Aber so unvermerkt ist das doch mit Feodor, wo sollten wir so schnell das bare Geld hernehmen, und was würden die Leute denken, wenn wir so plötzlich uns so viel Geld besorgen würden! Wir sind noch keineswegs schuldig geblieben, und bei uns ist Ihr Geld doch sicher — wir verzinsen es Ihnen auch, Gott, ich kann mich ja nicht genug über meinen Mann wundern!“

Da es der Frau Westermann anscheinend eine Wohlthat war, sich auszusprechen, hinderte Dolores auch ihren Abflug weiter nicht. Wie froh war ihr doch zumute, daß sie hier helfend eingreifen konnte! —

Im Laufe des Vormittags ging sie zum ersten Juwelier der Stadt, um ihm den Ring zu verkaufen. Mißtraulich betrachtete Herr Orlding, der Juwelier, das so schlicht gekleidete, einfache Mädchen, das ihm ein so wertvolles Schmuckstück zum Verkauf anbot — schüchtern und verlegen, wie er es bei sich feststellte. Vorsichtig fragte er die Fremde aus ruhig entgegenete sie ihm:

„Sie haben wirklich keine Heiratsabsichten zu beabsichtigen; der Ring ist mein persönliches Eigentum. Sie können ihn ruhig kaufen. Ich brauche das Geld, sonst würde ich den Ring für einen Wert von zehntausend Mark hat, nicht zum Verkauf anbieten. Und über meine Person gibt Ihnen der Gärtner Westermann, bei dem ich in Stellung bin, gern Auskunft.“

(Fortsetzung folgt.)



Württemberg.

Stuttgart, 18. Sept. (Ende des Straßenbahnerstreiks.) Die Verhandlungen am Freitag haben zu einer Einigung geführt. Die Straßenbahner erhalten nun vom 15. August ab eine monatliche Zulage von 208 Mk. Dazu kommt für Verheiratete eine monatliche Kinderzulage von 50 Mk. Der Betrag von 208 Mk. erhöht sich ab 15. Oktober auf 275 Mk. Die ledigen Straßenbahner unter 20 Jahren erhalten monatlich 21 Mk. weniger Zulage, die ledigen unter 18 Jahren 62 Mk. weniger. Die Verwaltung erklärt sich bereit, auf diese Lohnerhöhung eine Abschlagszahlung von 500 Mk. unter Verrechnung auf die Teuerungszulagen sofort zur Auszahlung zu bringen. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Eine Maßregelung von Angestellten aus Anlaß des Streiks findet nicht statt. Der Betrieb wurde am Samstag wieder aufgenommen.

Streik. Die hiesigen Maschin- und Installateurarbeiter sind heute in den Streik getreten. — Auch die Bauschlosser beschlossen am Freitag abend wegen Lohnbifferenzen die Arbeit niederzulegen.

Die Friseur-Junung hat zu den von der Gewerkschaft geforderten Lohnforderungen — wöchentliche Zulage von 120 Mk. — Stellung genommen und beschlossen, ihren Gehilfen eine wöchentliche Zulage von 30 bis 50 Prozent zu gewähren. Es enthält hiernach ein Gehilfe in der höchsten Lohnklasse eine Wochenzulage von 65 Mk. Mit dieser Erhöhung der Löhne wurde eine entsprechende Erhöhung der Bedienungspreise vorgenommen.

Rückgang der Weinpreise. Die Aussichten auf eine gute Weinernte haben auch in Württemberg zu einem Rückgang der Weinpreise geführt. In hiesigen Wirtschaften beträgt der Abschlag durchschnittlich etwa 50 Pfg. beim Viertelster, in einzelnen Fällen sogar bis zu 1 Mark.

Strasfammer. Der 24jährige Dienstknecht Karl Waller war bei einem Wirt in der Nähe von Dillingen eingekerkert. Bei Getreidebeschreibungen, die der Wirt vorgenommen haben soll, war Waller beteiligt. Als es einmal zu einem Streit kam und Waller entlassen wurde, wollte sich dieser rächen. Er ging zu dem Empfänger des Getreides, gab sich als „Kriminalbeamter“ aus und verlangte eine Bescheinigung, daß der Empfänger von dem Wirt das Getreide „hinterherum“ erhalten habe, außerdem wollte er den Wehrerlös einziehen. Dem Verlangen wurde nicht entsprochen. Waller ging nun auf das Schultheißenamt, das ihm bei der Betreibung helfen sollte. Da aber der Schultheiß gerade außer Orts war, meinte der Amtsdienner, Waller solle eben den Schultheißen erwarten. Das erschien dem „Kriminalbeamten“ aber doch bedenklich und er verschwand. Die Strasfammer verurteilte ihn wegen Amtsanmaßung zu 5 Wochen Gefängnis.

Welzheim, 18. Sept. (Stiftung.) Von den Geschwistern Bauer in Amerika sind über 300 000 Mk. zur Errichtung einer Hauswirtschaftsschule, die im Real- schulgebäude eingerichtet werden soll, gestiftet worden.

Heilbronn, 18. Sept. (Warnung.) In einer hiesigen Zeitung wurde kürzlich unter einer Chiffre eine junge, talentvolle Dame gesucht, der sichere Existenz geboten sei. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß beabsichtigt war, die Damen, denen eine Ausbildung bei einem Theater in Aussicht gestellt wurde, in ein Bordell zu bringen. Es handelt sich also um eine Anzeige, die von einem Mädchenhändler ausging. Es ergeht die Mahnung, bei Annahme solcher Stellen vorsichtig zu sein.

Gaildorf, 18. Sept. (Giftmord?) In einem Krankenhaus wurde ein 14jähriges Kind aus Honkling von seiner Mutter überbracht, das kurz darauf eines qualvollen Todes starb. Es war ihm vermutlich eine Säure zu trinken gegeben worden. Der Vermann, Walsarbeiter Bauer, wurde verhaftet. Er soll das Kind, das seine Frau mit in die Ehe gebracht hat, nicht haben leiden können.

Lampheim, 18. Sept. (Mogelei.) Nach einer Bekanntmachung des Oberamts haben einige Landwirte des Bezirks für die Umlage minderwertiges Getreide zu liefern versucht und das bessere für den freien Verkauf vorbehalten. Das Oberamt wird künftig die Namen solcher Lieferungspflichtigen veröffentlichen.

Friedrichshafen, 18. Sept. Die Zepplinggesellschaft hat eine Niederlage auf der schweizerischen Seite des Bodensees in Hohschach erlitten, die unter einer schweizerischen Firma arbeitet. Das neue Unternehmen wird sich mit der Herstellung von Metallszugzeugen befassen.

Baden.

Karlsruhe, 18. Sept. An Stelle des verstorbenen Oekonomierats Saenger-Diersheim wurde Bürgermeister und Landtagsabg. Ned. Eggenschein einstimmig zum Vorsitzenden des Verbands Bad. Landwirtschaftl. Genossenschaften gewählt. Erster Stellvertreter wurde Oekonomierat Schüttenhelm-Hochburg und zweiter Stellvertreter bleibt Gemeinderat und Landwirt Westermann-Muggensturm.

Karlsruhe, 18. Sept. Die Gattin des ehemaligen Ministers und jetzigen Reichstagsabgeordneten Dietrich ist plötzlich an einem Gehirnschlag verstorben.

Heidelberg, 18. Sept. Die Stadt übernimmt von dem großen Fehlbetrag der Luisenheilanstalt 100 000 Mk., nachdem Regierung und Kreis ebenfalls besondere Zuschüsse bewilligt haben. Ferner genehmigte der Bürgerausschuß 2 800 000 Mk. für die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach dem Stadtteil Wieblingen; die Bahn soll später bis Seddenheim fortgeführt werden und zu einer elektrischen Bahnverbindung zwischen Mannheim und Heidelberg ausgebaut werden. Zur Vinderung der Not der Kleinrentner und Rentenbesitzer soll ein am Kriegsende bewilligter, bisher aber noch nicht angegriffener „Kredit von 200 000 Mk. für Wittwenhilfe“ verwendet werden.

Mannheim, 18. Sept. In der Eisengießerei von Karl Klink brach Feuer aus, das einen Teil der

Gießerei zerstörte. Der Schaden beträgt ungefähr 60 000 Mark.

Kappelwinden (bei Bühl), 18. Sept. Nach amtlicher Mitteilung haben kürzlich Einwohner der Gemeinde Kappelwinden die Nachschau von Beamten bei den hiesigen Schnapssbrennern unwirksam zu machen gesucht. Das Landesfinanzamt hat nun sämtlichen Brennern der Gemeinde das Recht auf Abfindung zu brennen, bis auf weiteres entzogen.

Freiburg, 18. Sept. (Amtlich.) Polizeileutnant Wagner in Freiburg wird beschuldigt, beim Bekanntwerden der Ermordung des Abg. Erzberger Neuforderungen getan zu haben, die mit seinen Beamtenpflichten in Widerspruch stehen. Das Ministerium des Innern hat hierwegen das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Donaueschingen, 18. Sept. Im Haus des Photographen August Simon wurden die Einrichtungen zur Herstellung falscher Banknoten entdeckt. Der Buchdruckereibesitzer Emil Simon hat eingestanden, daß er mit August S. und dessen Frau für 80 000 Mark Noten gedruckt habe.

Sigmaringen, 18. Sept. Unter dem Verdacht der Banknotenfälschung ist hier ein Lithograph verhaftet worden.

Vermischtes.

Banknoten-Wäsche. Die Flut schmutziger Geldscheine, die jetzt bei unserer ungeheuren Papiergeldmenge alltäglich in die Reichsbank zurückschöpft, ist sehr beträchtlich, und vielleicht entschließt man sich auch bei uns zu einer Papiergeldwäsche, wie sie in Amerika seit Jahren mit Nutzen durchgeführt wird. Die Noten werden dort in kaltem Wasser geseift, gebürstet, gespült und dann getrocknet und geplättet. Die Banknoten-Wäscherei der Vereinigten Staaten besteht in gewaltigen Maschinen, die sich aus verschiedenen Arten von Walzen zusammensetzen. Zunächst werden die Geldscheine auf Bänder gelegt, die unter einer Reihe von schweren Kupferwalzen hindurchgehen. Die erste Reihe dieser Walzen ist mit einer besonderen Art Seife bestrichen, die das Papier einseift. Zugleich wird durch die Umdrehung das Papier gebürstet. Ist auf diese Weise der Schmutz entfernt, dann kommen die Scheine unter andere Walzen, die sich in sauberem Wasser bewegen und die Scheine abspülen. Nach diesem Prozeß gehen die Banknoten schließlich durch eine letzte Reihe von Walzen, die erhitzt sind; dadurch werden sie getrocknet und geplättet, und wenn sie nun die Maschinen verlassen, sind sie wieder so neu und sauber wie an dem Tage, da sie ausgegeben wurden. Diese Reinigung des Papiergeldes erpart nicht nur eine ganz beträchtliche Menge neuer Papierscheine, die sonst angefertigt werden müßten, sondern es wird auch die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch das mit Bazillen beladene Papier mehr verhütet. Ein englischer Bankier teilt mit, daß die Banknoten der Bank von England eine durchschnittliche Lebensdauer von nur 63 Tagen haben. Nach dieser Zeit wird eine Note, die zu der Bank zurückkommt, nicht wieder in Umlauf gesetzt, sondern nach einer Bezeichnung durch durch den Kassier automatisch entwertet. Solche dem Zahlungsverkehr entnommenen Scheine häufen sich täglich in Paketen auf, die ein Gesamtgewicht von mehr als 20 Pfund haben. Die entwerteten Noten werden in der Bank noch etwa fünf Jahre aufbewahrt und dann verbrannt. Ein solches Feuer, das aus den alten Banknoten entzündet wird, umfaßt etwa 90 Millionen Banknoten, denn man berechnet, daß allwöchentlich 350 000 Banknoten von der Bank von England außer Verkehr gesetzt werden. Um diesen Verlust wieder gut zu machen, werden täglich 60 000 neue Banknoten gedruckt.

— **Die freie Arztwahl.** Der 42. Deutsche ordentl. Herztag in Karlsruhe fordert die gesetzliche Einführung der organisierten freien Arztwahl als ein grundsätzliches Recht der deutschen Ärzteschaft auf Arbeit. Die organisierte freie Arztwahl ist eine soziale und hygienische Notwendigkeit, weil sie das einzige Arztsystem ist, das dem Interesse des ganzen Volks und auch der Krankenkassen selbst insbesondere bei Einführung der Familienversicherung gerecht wird und allein ein dauerndes, friedliches Zusammenarbeiten zwischen Kassen- und Ärzteorganisationen gewährleistet.

— **Die praktische Ausbildung zum Arzte.** Auf dem deutschen Herztag in Karlsruhe wurden Vorschläge angenommen, in denen u. a. gefordert wird: Die Dauer des medizinischen Studiums solle von 10 auf 11 Semester verlängert werden, von denen 4 auf die vorläufige und 7 auf die klinische Zeit fallen. Der praktischen Tätigkeit soll erhöhte Bedeutung beigegeben werden. Die praktische Ausbildung müsse außerhalb der Studienjahre erfolgen. Das praktische Jahr nach vollendeter Staatsprüfung ist beizubehalten. Außerdem sollen die klinischen Ferien nach Möglichkeit zu Kursen in innerer Medizin und Chirurgie herangezogen werden. Den Medizinalpraktikanten ist außer freier Station eine Vergütung zu gewähren. Dem wichtigen Gebiet der Sozialhygiene, sozialen Medizin und Versicherungsmedizin muß weitgehend Rechnung getragen werden. In den Krankenhäusern soll auf 50 Betten wenigstens ein Arzt kommen. Im Wege der Verordnung sind Bestimmungen festzulegen, die eine ausschließliche und gründliche Ausbildung der Medizinalpraktikanten in den drei Hauptfächern sicherstellen. Auf keinen Fall darf damit bis zur gesetzlichen Regelung der ganzen Studienreform gewartet werden.

— **Höhere Preise für Samt und Plüsch.** Der Verband Deutscher Samt- und Plüschfabrikanten beschloß, nach einer siebenstägigen Verkaufsperre die Preise aller Arten von Samt und Plüsch, für Velours, Kunstseideplüsch usw. für Deutschland um 15 Prozent zu erhöhen. Es ist dies die dritte Preiserhöhung in diesem Jahr.

— **Wanderlochkurse für Landmädchen.** Die württ. Landwirtschaftskammer beabsichtigt, sechs wöchentliche

Wanderlochkurse für Landmädchen zu veranstalten. Auf dem Lehrplan stehen einfache Küche, feinere Küche, süße Speisen und Baden. Das Kostgeld beträgt pro Person 150—200 Mk. Wenn Lebensmittel von den Schülerinnen zum Selbstkostenpreis geliefert werden, wird sich der Betrag entsprechend ermäßigen. Die Teilnehmerinnen müssen das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Teilnehmerzahl ist auf 14 bis 15 festgesetzt.



Heinrich Schulz Heinrich Tillessen
Die Mörder Erzbergers

Die schwarzweißrote Flagge. Der Leiter der Hamburg-Amerika-Linie Geheimrat Cuno hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß ihm (Cuno) von einer großen Zahl von deutschen Kolonien und Vereinen in Südamerika die Aufforderung zugegangen sei, daß die schwarzweißrote Handelsflagge sofort wieder in ihr Recht eingesetzt werde, da die neue schwarzrotgelbe Flagge weder von den Auslandsdeutschen noch von den fremden Völkern beachtet werde. Cuno unterstüzte das Verlangen mit dem Hinweis, daß die Farben, unter denen Deutschlands Außenhandel groß geworden sei, auch für den Wiederaufbau erhalten bleiben müssen.

Hereingefallen. Der Brauereibesitzer Konrad Detschner von Ohfenfurt hatte ein um rund 30 000 Mk. erstandenes Automobil um 75 000 Mk. weiterverkauft, ohne die Umsatzsteuer im Betrag von 3500 Mk. zu bezahlen. Vom Finanzamt erhielt er deshalb eine Geldstrafe von 42 000 Mk. Detschner legte Berufung ein, die Strafe wurde aber auf 50 000 Mk. erhöht. Außerdem muß er die Kosten tragen.

Von der deutschen Schifffahrt. Die Hamburg-Amerika-Linie stellte Mitte September den auf der Vulkanwerk für den Frachtdienst umgebauten früheren Schnelldampfer „Deutschland“ wieder in den Nordamerikadienst ein. Der jetzt den Namen „Hansa“ führende Dampfer wird am 29. September nach siebenjähriger Pause zum erstenmal wieder die Elbe verlassen.

Unterschlagung. An der Kreiskasse in Wangleben, Bez. Magdeburg, hat ein Buchhalter 1 600 000 Mark unterschlagen. — In Leipzig sind wieder zwei „Sportweitzkonzerne“ verbracht. Der Inhaber des einen, ein 43jähriger „Sportredakteur“, ist unter Mitnahme von 1/2 Millionen verschwunden. Insgesamt fehlen über 3/4 Millionen Mark.

Ein sittenstrenges Warenhaus. Die Verwaltung der amerikanischen „Marshall Field-Company“, einer der größten amerikanischen Warenhausfirmen, hat kürzlich ihren weiblichen Angestellten, die das Haar kurz geschneitten tragen, die sofortige Entlassung angekündigt. Jetzt hat die Direktion einen neuen Ullas erlassen: „Das Tragen von Kleidern mit kurzen Ärmeln, tief ausgeschnittenen Blusen, übermäßig kurzen Röcken und Badenstrümpfen ist in der Arbeitszeit streng untersagt. Auch dürfen die Damen weder Schminke auflegen noch Puder in übermäßiger Weise gebrauchen. Ebenso sind auffällige Freizeiten und Kleider mit Bändern oder Spitzenbesatz zu vermeiden. Wir erwarten, daß unsere Angestellten sich mit uns in dem Bemühen verbinden, eine anständige, dem Arbeitszweck angepasste Normalbekleidung zu schaffen.“

Der Wert des Rubels. Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat ein Dekret erlassen, durch das ein offizieller Rubelkurs festgesetzt wird, der für In- und Ausländer verschieden ist. Der für Ausländer gültige Kurs sieht die Zahlung von 133 000 Rubeln für 1 Pfund Sterling und von 2000 Rubeln für 1 Franken vor, während russische Untertanen nur 6000 Rubel für 1 Pfund Sterling und 100 Rubel für 1 Franken erhalten. Es handelt sich natürlich nur um einen Schein-Kurs, da man z. B. in Neval für 1 Franken 5000 Sowjetrubel und für 1 Pfund Sterling mehr als 200 000 Sowjetrubel erhalten soll.

Der Moloch Berlin. Berlin ist nach der Durchführung der Eingemeindungen größer als Württemberg oder Baden. Nach einer Feststellung des Statistischen Reichsamts ist sein jährlicher Finanzbedarf nach dem Voranschlag für 1920 größer als der von Preußen. Berlin hat nach der letzten Volkszählung 3 801 235, Württemberg 2 518 773, Baden 2 208 503 Einwohner. Es bleibt nur um ein Sechstel hinter dem Freistaat Sachsen mit 4 663 298 zurück. Die Einnahmen und Ausgaben in der allerdings nichts weniger als muster-gültigen Wirtschaft Berlins betragen über 5901 Millionen gegen 5623 Millionen in Bayern und 1085 Millionen in Sachsen.

Handel und Verkehr.

Der Rheinwein. Die Bitterung ist dem Ausreifen der Trauben in diesem Jahr sehr günstig. An der Nahe ist der Weinbergschluß selten so früh wie in diesem Jahr erfolgt. Um Pflanz und Fässer für den neuen Wein zu gewinnen, muß angeblich manches Stück ohne Gewinn abgesetzt werden. In Rheinhessen wird die geschäftliche Lage als ungesund bezeichnet. Am Mittelrhein ist der Stand der Weinberge sehr ungleich. Der

Ertrag wird nur wenig größer als die Hälfte des Vorjahres geschätzt. Für das Stück des letzten Jahrgangs werden 15-18 000 Mk. gefordert. An der Mosel haben sich die Weinberge nach dem Eintritt von Feuchtigkeit gut erholt. Das Geschäft hat sich in den letzten Tagen im allgemeinen etwas belebt. Für das Fuder 1920er werden bis zu 33 000 Mk. erzielt.

Eine Mäntelversammlung in Dillingen hat beschlossen, von dem zur Mühle gebrachten Getreide den Mahlohn in natura zu nehmen und zwar 10 Prozent. Dies bedeutet einen Aufschlag von 12 Mk. pro Htr. Eine zahlreiche landwirtschaftliche Versammlung hat einstimmig dagegen protestiert und verweigert den Mahlohn in natura.

Herrenberg, 16. Sept. (Hopfenbericht.) In verschiedenen Bezirksorten wurden von Mottenburger und Nürnberg Händlern lebhaft Hopfen eingekauft und 6300-6500 Mk. bezahlt. Die Qualität ist recht befriedigend, die Quantität wird auf ein Viertel, im günstigsten Fall auf ein Drittel des vorjährigen Ertrags geschätzt. In Unterjesingen wurde der größte Teil der Ernte zu 6000 Mk. per Htr. verkauft. Jetzt ist ein leichtes Anziehen der Preise bemerkbar.

Fettmarkt, 16. Sept. (Hopfenpreise.) Im Hopfenhandel ist es wieder ruhiger geworden. Infolge der erhöhten Forderungen hält der Handel wieder zurück, da auch von Nürnberg ruhiges Geschäft gemeldet wird. Es wurde am Mittwoch nur wenig gekauft zu Preisen bis zu 6700 Mk. und Trinkgeld.

Bühler Marktbericht. Auf dem Schweinemarkt in Bühl waren aufgeföhren: 327 Ferkel und 16 Käuferschweine. Verkauft wurden 290 Ferkel und 16 Käuferschweine. Der niedrigste Preis für Ferkel ist 120 Mk., der mittlere 300 Mk., der höchste 400 Mk. pro Paar. Käufer kosteten 600 bis 1000 Mk. pro Paar.

Lokales.

Herbstanfang. Am 23. September, nachmittags 3.20 Uhr, tritt die Sonne in das Zeichen des Wagen. Dieser Zeitpunkt ist der Beginn des astronomischen Herbstes, der bis zum 22. Dezember morgens 10.08 Uhr dauert, wo die Sonne in das Zeichen des Steinbock tritt. An diesem Tage beginnt der astronomische Winter. An dem Tage des Herbstbeginns sind Tag und Nacht gleich lang. In der Natur hat der Herbst schon seit einigen Wochen seine Herrschaft angetreten.

Ein seltenes astronomisches Ereignis. Der Oktober bringt uns zweimal Neumond, und zwar am 1. und 31. Oktober. Ein alter Spruch sagt, daß beim Eintritt eines solchen Ereignisses die Mäuse draußgehen.

Der ruindse Sturz der Papiermark wird wohl durch nichts deutlicher gemacht als durch die Tatsache, daß beim Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post in der Woche vom 19. bis 25. ds. Mts. 450 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 225 Mark für ein Zehnmarkstück bezahlt werden. Für 1 Kg. Feingold zahlt die Reichsbank 63 000 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Eisenbahnsache. Auf den 1. Oktober scheiden

die Stationen Weidingsfeld West und Würzburg Hbf. als badiſche, die Stationen Biebrich und Köttingen (Mk.) Bahnhof als württembergische Stationen aus den Tarifen aus. Sie erscheinen von nun an ausschließlich als Stationen des rechtsrheinisch-südwestlichen Netzes der deutschen Reichsbahn.

Der Einfluß des Obstes auf die Verdauung wird immer noch nicht genug gewürdigt, und vielen ist es bisher leider unbekannt geblieben, daß die Obstsäure der krankhaften Ablagerung von Salzen im Körper entschieden entgegenwirkt. So mancher an der Gicht Leidende hätte sich sehr schweres Leiden ersparen können, wenn er die Obstzeit besser ausgenutzt hätte. Darum sollte sich niemand im Sommer und Herbst den reichlichen Genuß der Strauch- und Baumfrüchte entgehen lassen. Es ist auch eine erfreuliche Erscheinung, daß die Obstweinproduktion im Aufblühen begriffen ist, wenngleich der aus dem Fruchtfaß bereitete Wein nicht als ein in jeder Beziehung vollgültiger Ersatz frischer Früchte betrachtet werden kann. Der starke Zuckersatz läßt in dem Wein die Alkoholwirkung oft das Uebergewicht erhalten, und es bleibt daher stets besser, die Früchte selbst zu genießen, wodurch die Wirkung auf den Körper eine viel unmittelbare und energiereichere wird. Früchte sind auch gute Medizin. Es ist erstaunlich, einen wie großen Arzneischatz das reife Obst birgt, und die häufig gemachte Beobachtung der guten Wirkung des Obstgenusses hat wohl zu der landläufigen Lebensart geführt, daß Obst sehr gesund sei. Die Weintrauben und besonders die Pflaumen sind ungemain nahrhaft und sehr blutreinigend. Man lasse darum die Kinder zur Obstzeit so viel Obst essen, als sie mögen bezw. als beschafft werden kann, rohes und gekochtes.

Fußball. Das gestern gegen die Jugendmannschaft des Südd. Fußballklub Stuttgart ausgetragene Wettspiel endigte mit einem 4:1 Sieg für unsere einheimischen Elf.

Dienstnachrichten. Die Eisenbahnschaffner Endlichhofer, Luz, Gröhinger, Kappeler wurden zu Eisenbahnoberschaffnern befördert.

Wie der Mond entstand.

Die Untersuchungen, die Alfred Wegener über die Bildung der Mondkrater angestellt hat, werfen ein überraschendes Licht auch auf die Entstehung des Mondes selbst und bieten zum ersten Male die Möglichkeit, aus unmittelbaren Anzeichen auf die Entstehungsart eines Weltkörpers zu schließen, was bisher noch bei keinem anderen Weltkörper, auch nicht der Erde, der Fall ist. Wegener berichtet über seine Versuche in einem Aufsatz der bei Julius Springer in Berlin erscheinenden „Naturwissenschaften“.

Von den verschiedenen Hypothesen, die bisher darüber aufgestellt wurden, läßt er nur die Aufsturztheorie gelten, nach der die Mondkrater die Einschlagspuren zahlreicher auf den Mond gestürzter kosmischer Körper darstellen. Um die physikalischen Verhältnisse bei diesen Vorgängen

genau messen zu können, wurden Versuche mit Zementpulver ausgeführt, und als aufstürzende Masse wurde ein halber oder ganzer Eßlöffel voll Zementpulver verwendet. Die auf diese Weise erhaltenen Krater hatten 4-12 Zentimeter Durchmesser und ließen sich durch vorsichtiges Bestäuben und späteres Durchsprühen mit Wasser leicht verfestigen und dann ausmessen. Es gelang dabei, die Natur und Entstehung der Zentralberge bei diesen Kratern zu ermitteln, worüber bisher ganz unrichtige Vorstellungen bestanden, die meist an den Rückstoß beim Aufstößen eines Tropfens auf eine Wasserfläche anknüpften. Von einem Rückstoß kann hier nicht die Rede sein. Der Zentralberg wird vielmehr durch die nach allen Seiten auseinanderstrebende aufstürzende Masse aus der Grundmasse heraus modelliert. Auch die bei den Versuchen erhaltenen Verhältnisse zwischen Kraterdurchmesser und Kratertiefe, das den flachen Bau der Mondkrater charakterisierende, stimmte mit dem überein, wie es sich auf dem Mond häufig findet. Für die Deutung der Mondkrater ergaben sich aus den Versuchen folgende Feststellungen: „Wenn ein größerer Körper aus festem Gestein mit einer Geschwindigkeit von mehreren Kilometern pro Sekunde auf die feste Gesteinsoberfläche des Mondes prallt, so genügen die freiwerdenden Kräfte, um den molekularen Zusammenhang sowohl des stürzenden Körpers wie des Gesteins zu zertrümmern, so daß sich diese wie das Pulver im Versuch verhalten. Hatte der Mond nur eine dünne feste Kruste auf flüssiger Grundlage, so konnte natürlich kein Zentralberg entstehen, und ebenso keine Staubstrahlen, sondern der Krater füllte sich dann mit flüssiger Lava, die als ebener Kraterboden später erstarrte. War dagegen die Unterlage bereits tief erstarrt, so mußte ein Zentralberg entstehen und Staubstrahlen ausgeföhrt werden.“ Die abgestürzten Körper müssen wohl zum Sonnensystem gehört haben und ihre Bahnen um die Sonne waren der Erdbahn ähnlich. Außer der reinen Kreisform bei den Mondkratern, die auf ein sehr freies Herabfallen schließen läßt, sprechen dafür die Schmelzspuren, aus denen man schließen kann, daß die hohe Wärme erst durch die Aufstürze erzeugt wurde.

Unverkennbar ist ferner ein Temperaturrückgang auf dem Monde in demjenigen Zeitalter, in dem die heute sichtbaren Oberflächenformen entstanden. Die Bildung der heute sichtbaren Mondkrater stellt nur das Abklingen eines viel größeren Prozesses dar; in früherer Zeit müssen die Aufstürze viel größer und häufiger gewesen sein. Da nun schon die jetzt noch erkennbaren Aufstürze eine merkwürdige Vergrößerung der Mondmasse bewirkt haben, so drängt sich die Annahme auf, daß der Mond überhaupt durch Zusammenstoß kleinerer fester Körper entstanden ist, die nach Art der kleinen Planeten um die Sonne kreisten. Dieser Vorgang wird langsam begonnen haben, erreichte dann infolge der zunehmenden Gravitationswirkung des wachsenden Mondes einen Höhepunkt, in dem die Wärmeerzeugung gegenüber der Ausstrahlung überwog, bis dann durch Verbrauch der verfügbaren Körper die Aufstürze wieder seltener wurden und die hohe Eigenwärme durch Ausstrahlung in den Weltraum verloren ging.

Bekanntmachung.

Anlässlich der Ausrodungsarbeiten einer Waldfläche im Staatswald Schöngarn (Nonnenmühl) werden durch Karl Heinrich Günthner, Holzhauer in Nonnenmühl vom 20. Sept. ds. Js. bis auf Weiteres täglich von vormittags 8-10 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr

Sprengungsarbeiten

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 17. September 1921.

Stadtschultheißenamt.

Prima Mostobst

ist heute mittag von 1 Uhr ab am Bahnhof zu haben.
Romano Chierigato.

Offerierte im Auftrag:

Wiesenheu Iose I. und II. Schnitt Mk. 78
Kleeheu Iose I. und II. Schnitt Mk. 94
Stroh: Roggen, Weizen in Quadratballen Mk. 27
gebündelt Mk. 26
Futterstroh Mk. 32
sämtliche Preise ab Station.
Rote Möhren (gelbe Rüben) 3tr. Mk. 65
Gärtner Wolf, Hauptstraße.

Bestellungen

auf Herbstkartoffeln u. Filderkraut
nehmen entgegen

Wilhelm Eitel,
Josef Eitel.

Beginn des Tanzkurses
am Dienstag abend 8 Uhr
im Gasth. zur „Alten Linde“.

Fr. Großmann.

Wildbad, den 19. Sept. 1921.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, unvergessliche Tante

Frl. Elisabeth Haller

am Samstag vormittag im Alter von nahezu 80 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Haller.

Beerdigung heute Montag Mittag 2 Uhr.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise wohlthuerender Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Rosine Kappelmann

geb. Schöttle

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Besonders danken wir für die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden und für die Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Wildbad, den 16. Sept. 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Näh- und Zuschneide-Kurs

(Damenschneiderei und Weissnähen)
Beginn 15. Okt. Anmeldungen täglich von 10-12 Uhr.
Frau Wörzthoffer, Villa Schönblick.

Zur Kenntnisnahme unserer Leser!

Wiederholt einschneidende Lohnforderungen, eine neue, empfindliche Steigerung der Papierpreise im allgemeinen Zusammenhang mit der in den letzten Wochen auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens eingetretenen neuen Teuerung, fordert auch von den Zeitungen wiederum überaus schwere Opfer. Zur Schaffung eines gewissen Ausgleichs sind mäßige Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise unvermeidlich. Wir ersuchen deshalb um einsichtsvolle Anerkennung.

Verein württembergischer Zeitungsverleger.

Wie bei allen übrigen Zeitungen muß auch beim Wildbader Tagblatt eine Erhöhung des Bezugspreises eintreten. Sie beträgt 50 Pfg. und tritt mit dem 1. Okt. in Kraft.

Heirat.

Witwer, Anfang 50er mit eigen Haus u. großem Schulden, der zur Kur in Wildbad ist, such Lebensgefährtin! Vermögens-Angabe erwünscht, ist aber nicht die Hauptsache, dagegen schöne Figur und guter Charakter.
Offerten unter A. B. 100 an diese Zeitung.

W. B. P.

Ortsgruppe Wildbad.
Ausschuß-Sitzung
Dienstag abend 8 1/2 Uhr im „Kühlen Brunnen“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
J. A. Schweizer.

Schwarzer Anzug, graue Kniehose und Militärhose

(wenig getragen) möglichst an einen Abnehmer preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Auf 1. Oktober od. später tüchtige
Friseur
gelucht.
Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Frisch eingetroffen:
Feinste
Bismarckheringe u. Rollmöpfe

sowie frische **Landbutter**
per Pfd. 23 Mk.
Linder's Delikat.-Gesch.



Radfahrer-Verein
Schwarzwald,
Wildbad.
Am Dienstag, Donnerstags und Samstag
Reigenfahren
in der Turnhalle.
Der Fahrwart.

Gebrauchter
Drehstuhl
zu kaufen gesucht.
Preisangebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

